

Ressort: Politik

SPD und Grüne werfen Generalbundesanwalt Range einseitige NSA-Ermittlungen vor

Berlin, 04.06.2014, 08:25 Uhr

GDN - Dass der Generalbundesanwalt Harald Range nur im Fall des abgehörten Handys von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) ermitteln will, nicht aber wegen des generellen Ausspäehens von Bundesbürgern durch den US-Geheimdienst NSA, stößt auf scharfe Kritik bei SPD und Grünen: "Eine Rechtspolitik nach dem Orwell-Motto `All animals are equal but some are more equal than others` kann nicht die Devise sein, wenn es um die massive und massenhafte Verletzung von Bürgerrechten geht", sagte der SPD-Bundesvize Ralf Stegner "Handelsblatt-Online". "Bei aller Bedeutung der Kanzlerin und ihres Handys - bei uns gilt immer noch der Artikel 3 des Grundgesetzes, der die Gleichheit vor dem Gesetz garantiert. Dieser Maßstab gilt auch für den Herrn Generalbundesanwalt."

Der innenpolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, Volker Beck, betonte, Aufgabe von Justiz und deutschen Geheimdiensten sei es, "alle" Bürger, die deutsche Wirtschaft und die Bundesregierung vor Auslandsspionage zu schützen. "Wenn der Generalbundesanwalt wegen des Kanzlerhandys ermittelt, ist dies ein erster, richtiger Schritt", sagte Beck "Handelsblatt-Online". Dabei müsse Range, wenn er dabei "unweigerlich" auf Verdachtsmomente wegen anderer Abhöraktionen stoße, die Ermittlungen ausweiten. "Hier darf es keine falschen Rücksichtnahmen gegenüber den USA oder Großbritannien geben", unterstrich der Grünen-Politiker. "Rechtsbruch ist Rechtsbruch - egal, ob er von den USA oder Russland begangen wird." Stegner und Beck reagierten damit auf Medienberichte, wonach Generalbundesanwalt Range nun doch Ermittlungen in der NSA-Affäre eingeleitet haben soll, er dabei allerdings nur die abgehörten Handys von Merkel im Blick hat. Range reagiert damit offenbar auf die massive Kritik an der geplanten Einstellung der beiden Prüf-Vorgänge. Am Mittwoch soll Range vor dem Rechtsausschuss des Bundestages zum Stand der Ermittlungen in der NSA-Affäre aussagen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-35668/spd-und-gruene-werfen-generalbundesanwalt-range-einseitige-nsa-ermittlungen-vor.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619